

Krankenhäuser: „Deckel muss weg“

Kreistag für gerechteres Finanzierungssystem

jok Aurich. Der Auricher Kreistag tritt geschlossen dafür ein, das „ungerechte“ Finanzierungssystem der Krankenhäuser zu ändern.

Sowohl SPD/Grüne als auch CDU und Linke hatten zu diesem Thema Anträge gestellt. Die Verwaltung fasste sie in einem „Kompromiss“ zusammen, der einstimmig akzeptiert wurde. Tenor der Resolution an Bundestag, Bundesrat und -regierung: Die Deckelung der Budgets muss schnellstens zurückgenommen werden.

Der Kreistag geht davon aus, dass die Leistungen und Qualitätsstandards verringert werden müssen, wenn nicht gehandelt werde. 35 Prozent

der Krankenhäuser steckten bereits in den roten Zahlen. Zu befürchten sei, dass bald auch die Ubbo-Emmius-Klinik Aurich/Norden dazu gehöre. Aufgrund der Deckelung habe die UEK jährlich mehrere Millionen Euro weniger als andere vom Niveau her vergleichbare Krankenhäuser erhalten.

Weiter wird verlangt, den Sanierungsbeitrag der Kliniken an die Krankenkassen bereits ab 2008 zu streichen.

Außerdem wird das Land aufgefordert, die Investitionsförderung zu erhöhen. Niedersachsen sei das Schlusslicht in Deutschland, wurde gestern in der Debatte kritisiert.

ON 14.06.08

Finanzielle Hilfe für die Klinik

Verluste werden vom Kreis abgedeckt

jok Aurich. „Damit die Ubbo-Emmius-Klinik (UEK) mit ihren Standorten Aurich und Norden gegenüber anderen Krankenhäusern, die zum Teil von ihren Trägern stark subventioniert werden, konkurrenzfähig bleibt“, hat der Auricher Kreistag auf Antrag von SPD und Grünen finanzielle Entlastungen beschlossen.

Die von der UEK gGmbH an die UEK-Vermögensverwaltung zu zahlende Jahresmiete wird um den Zinsanteil der Altschulden (275000 bis 300000 Euro) reduziert, um Investitionen zu ermöglichen. Hierdurch entstehende Verluste der Vermögensverwaltung werden aus dem Kreishaushalt abgedeckt, so

lange sich die wirtschaftliche Situation der gGmbH nicht so verbessert, dass sie den Zinsanteil der Altschulden aufbringen kann, ohne existenz- und zukunftsichernde Investitionen zu unterlassen.

Die gGmbH muss jährlich dem Landkreis nachweisen, inwieweit ihre Finanzlage einen Zinsverzicht erfordert.

Der Antrag der Linken, der Kreis solle die gesamten Schulden der Klinik übernehmen, wurde abgelehnt. „Einen solchen Beschluss müsste ich beanstanden“, sagte Landrat Walter Theuerkauf. Der Landkreis habe die Verschuldungsgrenze erreicht und könne nicht noch sechs Mio. Euro draufsatteln.

Kreistag fordert mehr Geld für Kliniken

GESUNDHEIT Resolution verabschiedet / Krankenhaus soll künftig 300 000 Euro weniger Miete zahlen

Das Geld soll Investitionen ermöglichen und die Ubbo-Emmius-Klinik wettbewerbsfähig erhalten.

VON HEIDI JANSSEN

NORDEN - Der Auricher Kreistag hat der Ubbo-Emmius-Klinik (UEK) finanziell wieder etwas Luft verschafft für Investitionen. Auf Antrag von SPD und Grünen soll die von der Klinik zu zahlende Jahresmiete um den Zinsanteil der Altschulden reduziert werden.

Das entspricht einer Summe von knapp 300 000 Euro. Sogar der Erste Kreistag Harn-Uwe, der bislang eine

Subventionierung der Klinik aus dem Landkreishaushalt abgelehnt hatte, befürwortete in diesem Fall den „notwendigen Schritt“, um die UEK konkurrenzfähig zu erhalten.

Die Nachbarkreise Leer und Wittmund

und die Stadt Emden würden ihre Krankenhäuser zum Teil mit Millionenbeiträgen subventionieren. Damit komme es zu einer Wettbewerbsverzerrung in der Region, so Weber.

Allerdings: „Viel mehr als ein Symbol kann es wegen der finanziellen Lage des Landkreises Aurich nicht sein“,

„Viel mehr als ein Symbol kann es wegen der finanziellen Lage nicht sein“
HARM-UWE WEBER

machte Weber deutlich. Außerdem müsse das Land Niedersachsen den Beschluss billigen. Der Kreis hat mit dem Land Ziele zur Verbesserung der Haushaltslage vereinbart. Für eine zukunftsfähige Krankenaustausch-

finanzierung klopft der Kreistag an anderen Türen. Einstimmig verabschiedeten die Abgeordneten eine Resolution.

Sie fordern darin Bundesregierung, Parlament

und Bundestag auf, die Deckelung der Krankenhausbudgets aufzugeben und durch ein gerechteres System zu ersetzen. Das Land Niedersachsen soll

außerdem mehr Geld für Investitionen in Krankenhäusern zur Verfügung stellen.

Sowohl die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen als auch die Gruppe von CDU und FDP sowie der Vertreter der Linken hatten die Resolution beantragt und Text-Vorschläge gemacht. „Die Hauptforderungen sind identisch“, so Weber. Im Interesse einer möglichst großen Wirkung hatte die Verwaltung daraus einen Kompromissvorschlag entwickelt, dem alle Kreistagsmitglieder folgen könnten.

Seit Anfang der 90er seien die Budgets der Krankenhäuser gedeckelt. Und trotz erheblich gestiegener Kosten beispielsweise wegen höherer

Energiepreise oder durch die Mehrwertsteuer seien die Budgets in den vergangenen fünf Jahren nur um weniger als ein Prozent jährlich gestiegen. Die Folge sei bundesweit ein Personalabbau gewesen. Auch die Ubbo-Emmius-Klinik habe die Zahl der Mitarbeiter insgesamt um 75 Arbeitsplätze reduziert.

Für Erwin Wenzel, SPD-Fraktionsvorsitzender, war die Resolution deshalb auch ein Akt der Solidarität mit den Mitarbeitern. Krankenhäuser im ländlichen Raum könnten nicht mit Kliniken von Ballungszentren verglichen werden und müssten auch finanziell anders ausgestattet werden: „Die Grundversorgung muss sicher sein.“